

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph, Neukirchen, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag **G. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.**

Veranstalter: Aue 51 und 52, Adolph (mit Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Druckort: Aue, Erzgebirg.

Waisen-Anstalt für die am 1. März 1926 erkrankende Mutter des verstorbenen H. H. in der Hauptstraße 14. Die Anstalt für die Waisen der Mutter am vorgelebten Tage vom 1. März 1926 wird nicht gegeben, auch nicht für die Waisen der Mutter, welche am 1. März 1926 erkrankte. — Die Anstalt für die Waisen der Mutter am 1. März 1926 wird nicht gegeben, auch nicht für die Waisen der Mutter, welche am 1. März 1926 erkrankte. — Die Anstalt für die Waisen der Mutter am 1. März 1926 wird nicht gegeben, auch nicht für die Waisen der Mutter, welche am 1. März 1926 erkrankte.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Erntee und Festtagen. Der Preis für die 24 von dreizehn bis vierzig Jahre im Familienkreise ist 20 Pfennige, für die 50 von dreizehn bis vierzig Jahre 25 Pfennige, für die 90 von dreizehn bis vierzig Jahre 30 Pfennige, für die 90 von dreizehn bis vierzig Jahre 35 Pfennige, für die 90 von dreizehn bis vierzig Jahre 40 Pfennige. Geschäfts-Nr.: 10225. Geschäfts-Nr.: 10225. Geschäfts-Nr.: 10225.

Nr. 17.

Donnerstag, den 21. Januar 1926.

79. Jahrg.

Beendigung der Regierungskrise.

Das Ultimatum Hindenburgs. Das neue Kabinett ist gebildet. Die Sachsen Dr. Kütz und Dr. Reinhold als demokratische Reichsminister.

Die gerade drei Monate andauernde Regierungskrise ist wenigstens vorläufig beendet. Während es am Dienstag Mittag noch so aussah, als ob das „betäubende Schauspiel“ noch eine Weile andauern würde, hat Reichspräsident von Hindenburg am Abend eine plötzliche Lösung herbeigeführt. In einer Erklärung, aus der das tiefste Verantwortlichkeitsgefühl spricht, hat er den Parteien der Mitte den Ernst der Lage vorgelegt und durch die Veröffentlichung seiner Mahnung noch einen besonderen Druck auf sie ausgeübt. Es handelt sich um ein Ultimatum, das keinen Zweifel darüber läßt, daß, wenn keine sofortige Einigung der Parteien herbeigeführt werde, Hindenburg selbst sein verfassungsmäßiges Recht der eigenen Entscheidung ausüben werde. Auch diejenigen, die ein Durchhauen des gordischen Knotens durch den Feldmarschall lieber gesehen hätten als seine übergroße Geduld, müssen die staatsmännliche Weisheit Hindenburgs bewundern, mit der er alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpfte, um die Krise zu einem einigermaßen brauchbaren Ende zu führen. Jedenfalls kann auch der Böswilligste sich nicht darüber beschweren, daß der Reichspräsident nicht nach der Verfassung gehandelt habe. Das Ansehen der Person Hindenburgs wird nun auch in den Kreisen gefestigt sein, die ihm bisher mit Mißtrauen begegnet sind, es sei denn, es handelt sich um die ganz Unbelehrbaren.

Der Appell an die Fraktionsführer, den wir an anderer Stelle zum Ausdruck bringen, ist ein Kabinettsstück nach Form und Inhalt. Er ist von denen, an die er sich richtete, verstanden worden; sie gingen in sich und mit einem Male war die neue Regierung fertig. Es wird sich bald herausstellen, ob der vaterländische Wille, den Hindenburg hervorgerufen hat, von Bestand ist; oder ob es sich nur um eine lechte Zuckung des Parlamentarismus handelt.

Von den drei Männern, die neu in das Kabinett eingetreten sind, sind die beiden Demokraten Dr. Kütz und Dr. Reinhold sächsische Landsleute. Dr. Kütz, der Bürgermeister von Dresden, war früher Bürgermeister in Jittau und vordem im Reichskolonialdienst. Er hat sich jederzeit als äußerst geschickter Verwaltungspraktiker betätigt und hat den Ruf eines sehr geschickten Mannes. Eine gewisse Pikanterie liegt darin, daß er von einem französischen Kriegsgericht zu 10 Jahren verurteilt worden ist, weil er angeblich als Hauptmann und Kompanieführer im Weltkrieg den Befehl zur unrechtmäßigen Erschießung französischer Bürger gegeben habe. Das Reichsgericht hat seine völlige Schuldlosigkeit festgestellt. Das Charakterbild Dr. Reinholds schwankt bekanntlich in der Geschichte. Zugegeben muß werden, daß er sich um die Entwicklung der sächsischen Staatsbetriebe Verdienste erworben hat. Den Vorwurf der kalten Sozialisierung, der ihm des öfteren gemacht wurde, hat er vor nicht zu langer Zeit in einer Industriellenversammlung zurückzuweisen versucht. Auch ihm muß jedenfalls zugestanden werden, daß er sehr rührig und geschickt ist, und daß ihm Fachkenntnis keinesfalls ermangelt. Wenn schon Demokraten — so gebietet doch die Gerechtigkeit, festzustellen, daß man mit diesen beiden neuen Reichsministern nicht den schlechtesten Griff getan hat. Hervorzuheben ist, daß sich beide immer von einer Demagogie ferngehalten haben, wie sie der nunmehr nicht mehr in Betracht kommende Parteiführer Koch zu üben pflegte. Sie haben noch nie den Ehrgeiz gezeigt, als Männer der Straße zu gelten.

Daß mit dem Ausschelden Dr. Reinholds aus dem sächsischen Kabinett die Regierungsfrage in Sachsen aufgerollt werden wird, ist nicht unwahrscheinlich. So kann es kommen, daß mit der endlichen Ruhe im Reiche die Unruhe in unserem engeren Vaterlande beginnt.

Der Appell des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing heute nachmittags um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Scholz, für das Zentrum Reichsminister a. D.

Marg, für die Bayerische Volkspartei Abg. Leicht, für die Demokraten die Abgg. Koch, Haas und Erkelenz. Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausschcheiden der Deutschen Nationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitspartei die Grundlage entzogen worden ist, nachdem trotz der Hingebungsollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Hrn. Abg. Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sog. große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar wenig tragfähige, aber immerhin doch durchaus denkbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, denn jedem Gedanken einer anderen Regierungsabteilung stehen schwerste Bedenken entgegen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näher zu kommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Hrn. Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Reichsregierung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Hr. Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigt aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begriffen, daß der Hr. Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre restlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betäubende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise befristet und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.

Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abg. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung.

Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den Vorschlag des Herrn Reichskanzlers zur endgültigen Beschlussfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen.

Die Zustimmung der Parteien.

Berlin, 19. Jan. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben beschlossen, der von Dr. Luther vorgelegten Kabinettsliste ihre Zustimmung zu erteilen. Die Demokraten haben sich nach längerer Fraktionsberatung für die Annahme der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Ministerliste ausgesprochen. Der Beschluß kam mit 10 gegen 10 Stimmen zustande, wobei die Stimme des Parteipräsidenten den Ausschlag gab.

Amtliche Anzeigen.

Das Ortsgesetz über die Errichtung eines städtischen Kinderhelms ist vom Kreisaußschuß Zwickau am 9. Januar 1926 genehmigt worden; es liegt 14 Tage lang, vom Tage der Bekanntmachung ab gerechnet, zu jedermanns Einsicht im Stadthaus 1, Hauptstraße, und in unserer Verwaltungsstelle im Stadteil Neumelt öffentlich aus. Schwarzenberg, am 16. Januar 1926. Der Rat der Stadt.

Die Genehmigung des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Jan. Nachdem im Laufe des Abends die Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der von Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichspräsident dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte jetzt gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

Damit ist das Kabinett Luther gebildet. Reichspräsident v. Hindenburg wird nunmehr Dr. Luther zum Reichskanzler, sowie die anderen auf der Liste aufgeführten Herren zu Kabinettsmitgliedern ernennen.

Die neuen Männer.

Berlin, 19. Jan. Reichskanzler Dr. Luther legte an die Besprechung beim Reichspräsidenten den Vertretern der vier Parteien folgende Ministerliste vor:

- Reichskanzler: Dr. Luther,
- Außen: Dr. Stresemann,
- Innen: Dr. Kütz (Dem.),
- Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.),
- Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Sp.),
- Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.),
- Justiz: Dr. Marg (Ztr.),
- Reichswehr: Dr. Gessler,
- Post: Dr. Stingl (Bayr. Sp.),
- Verkehr: Dr. Krohne (D. Sp.).

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist vorläufig Reichskanzler Dr. Luther beauftragt worden.

Pressestimmen.

Berlin, 20. Jan. Durch fast alle Blätter geht ein Aufatmen, daß es Dank dem Eingreifen des Reichspräsidenten endlich gelungen ist, die Regierungskrise zu beenden. Besonders die Blätter der Regierungskoalition zollen dem Reichspräsidenten Dank, daß er durch seinen Appell an die Parteien die Regierungsbildung erwirkt habe.

In der Presse der Rechten wird das neue Kabinett nur von der „Deutschen Ztg.“ unbedingt abgelehnt, die die Parole ausgibt: Auserwählte Opposition mit allen Mitteln.

In der „Deutsch. Tagesztg.“, die die Regierung ein Kabinett der linken Mitte nennt, wird vor allem kritisiert, daß die Landwirtschaft darin durch keinen Vertrauensmann vertreten sei.

Auch der „Berl. Lokalan.“ steht in der Zusammenfassung der neuen Regierung eine starke Reizung nach links. Immerhin wolle die Rechte vorerst die Taten der neuen Regierung abwarten.

Die „Tägl. Rundschau“ prophezeit dem Kabinett wohl einen schweren Daseinskampf, glaubt aber, daß das Kabinett wohl von Bestand sein kann, wenn die Koalitionsparteien ihre Differenzen der letzten Tage in der Erfüllung einer gemeinsamen hohen Aufgabe vergessen. Gegen das Kabinett stimmen würden voraussichtlich nur die Kommunisten und die Wölkischen, während die Deutschen Nationalen und die Sozialdemokraten sich wahrscheinlich der Stimme enthalten würden.

Die „Germania“ unterstreicht nochmals ihre Auffassung, daß auch die neue Regierung nur die Politik der Großen Koalition machen könne, d. h. eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs.

Im „Berl. Tagesbl.“ wird dem demokratischen Führer Koch höchste Anerkennung gezollt, daß er sich mit seinem ganzen Einfluß für die zustimmende Entscheidung der demokratischen Fraktion eingesetzt hat. Es verschiebe sich von selbst, daß der Demokrat Dr. Kütz in den Fragen der Reichseinheit und der republikanischen Verfassung um kein Jota anders denke als der Demokrat Koch.

Ueber die Haltung der Sozialdemokraten sagt der „Vorwärts“, die Sozialdemokraten, die die Berufung Koch zum Minister des Innern begrüßten, würden durch sein Verschwinden gemahnt, mit ihrem Vertrauen sehr vorsichtig umzugehen.